

Universitätsbibliothek  
der Technischen Universität  
Braunschweig

**VII. B.**

**729.**



# Statuten

der

## Baugewerken-Innung

zu

Braunschweig.

B. IV, 35.636.



Hof-Buchdruckerei von Julius Krampe.

1885.

Nachstehendes Statut mit seinen Nebenstatuten ist mittels der  
Rescripte Herzoglicher Kreis-Direction Nr. 3309 vom 21. Mai 1885  
und resp. Nr. 4641 vom 26. Juni 1885 genehmigt.

Braunschweig, den 1. Juli 1885.

**Der Stadt-Magistrat.**

**Kettemeyer.**

## **Abchnitt I.**

---

### **§. 1.**

#### **Name, Sitz und Bezirk der Innung.**

Unter dem Namen:

#### **„Baugewerken-Innung zu Braunschweig“**

Innung der Bau-, Maurer-, Zimmer- und Dachdeckermeister, treten die Meister dieser Gewerbe zu einer Innung zusammen, welche ihren Sitz in Braunschweig hat.

Der Bezirk der Innung umfaßt das Herzogthum Braunschweig.

### **§. 2.**

#### **Aufgaben der Innung.**

Die Innung ist eine Vereinigung der Fachgenossen zur Wahrung und Förderung ihrer gemeinsamen Interessen.

Zur Erreichung dieses Zweckes wird die Innung insbesondere sich folgenden Aufgaben widmen:

- a) der Pflege des Gemeingeistes, sowie der Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre unter den Mitgliefern;
- b) der Pflege und Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen, der Fürsorge für Regelung des Herbergs- und Unterstützungswesens und der Arbeitsnachweisung in Gemeinschaft mit einem Gesellen-Ausschusse aus der Gesellschaft der Innungsmitglieder;
- c) der Abnahme von Meisterprüfungen;
- d) der Abnahme von Gesellenprüfungen;
- e) der Regelung des Lehrlingswesens und der Fürsorge für die sittliche und gewerbliche Fortbildung der Lehrlinge;

- f) der Errichtung von Kassen zur Unterstützung der Innungsmitglieder und ihrer Angehörigen;
- g) der Einrichtung eines Schiedsgerichtes zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und deren Gesellen und Lehrlingen, welche sich auf den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeitsverhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen aus demselben und auf die Ertheilung oder den Inhalt der Arbeitsbücher und Zeugnisse der Gesellen,  
sowie  
auf den Antritt, die Fortsetzung und Aufhebung des Lehrverhältnisses, die gegenseitigen Leistungen aus demselben und die Ertheilung oder den Inhalt der Arbeitsbücher und Zeugnisse der Lehrlinge beziehen, an Stelle der Gemeindebehörde.

### §. 3.

Zur Erreichung dieses Vorhabens kann die Innung

- a) jede gesetzlich erlaubte Verbindung mit andern gleichartigen Vereinigungen von Gewerbetreibenden eingehen;
  - b) alle diejenigen Einrichtungen treffen, welche den Gewerbebetrieb ihrer Mitglieder zu unterstützen geeignet sind, insbesondere werden die Innungsmitglieder dahin wirken, daß Streitigkeiten bei der Ausführung von Bauten im schiedsgerichtlichen Verfahren erledigt, und daß dabei diejenigen Grundsätze zur Anwendung kommen werden, welche in der Anlage A zu diesem Statute enthalten sind;
  - c) Bestimmungen für die Innungsmitglieder erlassen, welche sich auf die Annahme, Kündigung und die Löhnung ihrer Gesellen erstrecken;
  - d) Formulare für Lehrverträge und zu Gesellenbriefen zur rechtsverbindlichen Benutzung durch die Innungsmitglieder vorrätzig halten.
-

## Abchnitt II.

### §. 4.

#### Mitgliedschaft.

Zum Eintritt in die Innung sind alle volljährigen Staatsbürger berechtigt, welche:

1. eines der Gewerbe, für welche die Innung errichtet ist, selbstständig betreiben;
2. den Nachweis einer ordnungsmäßigen dreijährigen Lehrzeit führen, sowie den Nachweis beibringen, daß sie nach Beendigung der Lehrzeit von einer Innung zum Gesellen ausgeschrieben sind und drei Jahre als Geselle gearbeitet haben;
3. ihre Fähigkeit zum Geschäftsbetriebe durch eine statutenmäßige Prüfung nachweisen;
4. den an die Mitglieder der Innung in Bezug auf ehrenhaften Lebenswandel und ordnungsmäßigen Geschäftsbetrieb zu stellenden Anforderungen genügen;
5. sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und
6. nicht durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Von dem Nachweise ad 3 können durch Beschluß des Innungsvorstandes entbunden werden:

- a) Diejenigen, welchen bescheinigt wird, daß sie bereits einer gleichen Innung anderen Ortes angehört haben;
- b) Diejenigen, welche die staatliche Baumeisterprüfung bestanden haben und
- c) auf Empfehlung der Prüfungs-Kommission Diejenigen, welche sich vor der Anmeldung zum Eintritt bereits durch namhafte bautechnische Leistungen ausgezeichnet haben.

Außerdem kann eine Aufnahme-Prüfung von Denjenigen nicht verlangt werden, welche nachweisen, daß sie eine solche bereits vor einer den Voraussetzungen der Reichsgewerbeordnung entsprechenden Innung desselben Gewerbes bestanden haben.

Von dem Nachweise ad 1 sind entbunden Diejenigen, welche als Werkmeister oder Werkführer einem innerhalb des Innungsbezirktes bestehenden Betriebe derjenigen Gewerbe angehören, für welche die Innung gebildet ist.

§. 5.

Der Antrag auf Eintritt in die Innung wird beim Obermeister eingereicht, diesem Antrage ist ein selbstverfaßter und geschriebener Lebenslauf des Antragstellers beizufügen. Der Innungsvorstand beschließt dann über die Aufnahme auf Grund vorstehender Bestimmungen oder verweist den Antragsteller an den Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission zur Ablegung der Prüfung.

Der Antragsteller hat das Eintrittsgeld im Betrage von 30 Mk. bei Zustellung der Aufnahme-Urkunde einzuzahlen; vor der Zahlung der Eintrittsgelder wird er nicht als Mitglied geführt, auch wenn er allen anderen Bestimmungen genügt hat.

Eine Berufung gegen die Beschlüsse des Vorstandes betreffs obiger Bestimmungen ist der nächsten General-Versammlung der Innung schriftlich einzureichen und von dieser zu prüfen.

§. 6.

**Ehrenmitgliedschaft und Mitgliedschaft nach Aufgabe des Geschäftsbetriebes.**

Personen, welche sich namhafte Verdienste um die Hebung der Innung und die Förderung ihrer Interessen erworben haben, können zu Ehrenmitgliedern der Innung ernannt werden.

Auf entsprechenden Antrag kann durch Beschluß der Innung auch solchen Innungsgegnossen die Mitgliedschaft der Innung gewahrt bleiben, welche aufgehört haben, das Gewerbe selbstständig zu betreiben.

§. 7.

**Aufnahme-Prüfungen.**

Zur Entgegennahme des Befähigungsnachweises (vergl. §. 4 ad 3) wird eine Prüfungs-Kommission von fünf Mitgliedern gebildet;



diese Kommission giebt sich unter Anhörung des Innungsvorstandes eine Geschäftsordnung und ernennt aus ihrer Mitte einen Schriftführer zur Führung ihrer schriftlichen Geschäfte.

Alle Gegenstände, welche der Berathung und Beschlussfassung dieser Kommission unterbreitet werden, werden schriftlich niedergelegt; desgleichen werden auch die gestellten Prüfungsaufgaben einzeln aufgeführt.

Vierzehn Tage nach geschehener Anmeldung hat die Prüfungskommission dem Antragsteller eine Aufgabe zur Lösung zu überweisen. Diese Aufgabe soll zu den gewöhnlichen Arbeiten des Gewerbes gehören; die Auswahl der Aufgabe ist Sache der Prüfungskommission; die Lösung der Aufgabe hat innerhalb acht Wochen unter Aufsicht eines Mitgliedes der Prüfungskommission von dem Antragsteller ohne Beihülfe zu erfolgen.

Ist die Bearbeitung der zeichnerischen Aufgabe für genügend befunden, so nimmt die Kommission die mündliche Prüfung vor.

Ueber das Ergebnis der Prüfung fasst die Kommission mit Stimmenmehrheit Beschluss und theilt dem Innungsvorstande den Wortlaut dieses Beschlusses mit; dieser beschließt dann über die Aufnahme des Geprüften in die Innung auf Grund der einzelnen Bestimmungen des §. 4 dieser Statuten. Ist die Erfüllung der einschlägigen Bestimmungen seitens des Antragstellers nachgewiesen, so erfolgt die Aufnahme in die Innung und die Aushändigung des Meisterbriefes durch den Vorstand. Prüfungen, welche nur die Ausstellung eines Befähigungsnachweises und nicht die Aufnahme in die Innung bezwecken, sind unstatthaft.

Gegen die Entscheidung der Prüfungskommission und des Vorstandes steht dem Geprüften die Berufung an die nächste General-Versammlung der Innung zu.

Die über den Ausfall der Prüfungsarbeiten aufgenommenen Schriftstücke sind von der Prüfungskommission zu unterschreiben und nebst den Prüfungsarbeiten mit Einschluß der Zeichnungen und Kostenanschläge als Belagsmaterial aufzubewahren. Eine leihweise Zurückgabe angefertigter Prüfungsarbeiten bedarf, neben Stellung von Sicherheit, der Zustimmung des Innungsvorstandes in jedem einzelnen Falle.

Sollte ein Mitglied der Prüfungs-Kommission am Erscheinen in den Sitzungen verhindert sein, so ernennt der Innungsvorstand auf rechtzeitige Anmeldung einen Stellvertreter; säumige Mitglieder der Prüfungs-Kommission werden vom Vorstande mit Ordnungsstrafen bis zu 10 Mk. im einzelnen Falle belegt.

Auf Antrag der Prüfungs-Kommission verstärkt der Vorstand dieselbe um eine oder mehrere Personen.

Zur Bestreitung der Unkosten der Prüfung hat der zu Prüfende bei Zustellung der Aufgaben 30 Mk. gegen Quittung der Prüfungs-Kommission einzuzahlen; eine Rückzahlung dieses Betrages erfolgt in keinem Falle.

#### §. 8.

##### **Austritt aus der Innung.**

Ein Innungsgenosse kann austreten, nachdem er sechs Monate vorher seinen Austritt schriftlich bei dem Innungsvorstande angezeigt hat.

Er verliert mit dem Austritt alle Ansprüche an das Innungsvermögen, an die Nebenkassen und sonstigen Anstalten und bleibt zur Zahlung derjenigen laufenden Beiträge und Umlagen verpflichtet, welche zur Deckung der Ausgaben nöthig werden und für welche bis zu seinem Austritte die Umlagen gemacht worden sind.

Besondere Verbindlichkeiten, welche für ihn aus den Nebenstatuten und sonstigen Anstalten erwachsen, oder welche er der Innung gegenüber eingegangen ist, werden durch den Austritt nicht berührt.

#### §. 9.

##### **Ausschluß von den Ehrenrechten.**

Innungsgenossen, welche mit der Zahlung der Mitgliederbeiträge und übrigen Umlagen länger als drei Monat im Rückstande sind, oder welche die ihnen statutenmäßig übertragenen Obliegenheiten lässig oder gar nicht erfüllen oder die über sie ausgesprochenen Ordnungsstrafen nicht innerhalb drei Monaten berichtigen, haben bis zur Erfüllung der versäumten Obliegenheiten kein Stimmrecht in den Innungs-Versammlungen.

§. 10.

**Ausschluß aus der Innung.**

Durch Beschluß der Innungsversammlung können aus der Innung ausgeschlossen werden:

- a) Diejenigen, welche die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben oder durch Gerichtsbeschluß in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind;
- b) Diejenigen, welche sich trotz voraus gegangener wiederholter Ordnungsstrafen fortgesetzter Verletzungen der ihnen als Innungsmitgliedern obliegenden Verpflichtungen schuldig machen;
- c) Diejenigen, welche durch unehrenhafte Handlungen oder lasterhaften Lebenswandel in schlechten Ruf gerathen sind.

Wittwen können außerdem ausgeschlossen werden, wenn sie sich weigern, Werkmeister oder Werkführer anzustellen, welche den in §. 4 aufgestellten Erfordernissen mit Ausnahme des daselbst unter 1 gedachten entsprechen.

Ein Antrag auf Ausschluß kann vor der Innung nur dann zur Verhandlung gebracht werden, wenn er von dem Innungsvorstande selbst gestellt oder bei demselben schriftlich unter Angabe des Ausschließungsgrundes eingebracht ist; der Antrag gelangt jedoch nicht zur Besprechung, wenn derselbe bei der Einbringung in der Versammlung nicht von dem fünften Theile der Anwesenden unterstützt wird.

Der Ausschlußantrag ist dem betreffenden Innungsmitgliede mindestens acht Tage vor der Verhandlung bekannt zu machen und zwar unter Angabe des Ausschließungsgrundes.

Ergiebt sich während der Verhandlung die Nothwendigkeit, Zeugen oder sonstige Beweismittel zur Stelle zu bringen, so wird die Verhandlung bis zu deren Beibringung vertagt, erforderlichen Falls eine neue Verhandlung anberaumt.

Es darf kein Ausschließungsbeschluß verhandelt werden, wenn das betreffende Mitglied nicht zur Stelle ist; wird aber eine zweite Verhandlung angesetzt und ohne Entschuldigung seitens des Mitgliedes versäumt, so erfolgt die Beschlußfassung auch in dessen Abwesenheit.

Ausschließungsbeschlüsse, welche diese vorstehenden Vorschriften verletzen, sind ungültig.

Hinsichtlich der Rechte und Pflichten Ausgeschlossener greifen die Bestimmungen des §. 8 Absatz 2 statt.

### §. 11.

#### **Rechte und Pflichten der Mitglieder.**

Die Aufnahme in die Innung begründet die Theilnahme an denjenigen Rechten und Befugnissen, welche nach den Gesetzen und diesem Statute den Mitgliedern zustehen, insbesondere die Theilnahme an dem Vermögen und den wohlthätigen Einrichtungen der Innung unter Beobachtung der dafür geltenden besonderen Bestimmungen.

Die Innungsmitglieder sind verpflichtet, zur Förderung der gemeinsamen Bestrebungen nach den Bestimmungen dieses Statutes mitzuwirken, den Vorschriften des Statuts, den Beschlüssen der Innungsversammlung und den Anordnungen des Vorstandes und der Kommissionen und Ausschüsse innerhalb ihrer Zuständigkeiten Folge zu leisten, insbesondere auch in Innungsangelegenheiten ergangenen Vorladungen nachzukommen; solche Vorladungen erfolgen unter Androhung einer zu verhängenden Ordnungsstrafe bis zur Höhe von 10 Mark; im Falle nicht entschuldigtem Ausbleiben oder Nichtbeachtung der Auflage verfügt der Vorstand die Verdoppelung der Ordnungsstrafe.

Die Innungsmitglieder dürfen Gesellen, Lehrlinge und Handarbeiter nur nach den Bestimmungen dieses Statutes annehmen und entlassen, müssen dieselben gehörigen Ortes rechtzeitig an- und abmelden und die Beiträge zu den entstehenden Kosten des Herbergs- und Unterstützungswesens entrichten, die Bestimmungen des Statuts über die Ausbildung der Lehrlinge sorgfältig beachten, auch die Lehrlinge an den zu diesem Zwecke angeordneten Tagen zur Eintragung in die Lehrlingsrolle unter Vorlage der Lehrverträge anmelden. Jeder Verstoß gegen diese Bestimmungen wird von dem Vorstande mit einer Ordnungsstrafe bis zur Höhe von 10 M. im einzelnen Falle belegt.

---

### **Abchnitt III.**

#### **§. 12.**

#### **Von den Mitglieder-Beiträgen und der Verwaltung der Innungskasse.**

Die Einnahmen der Innungskasse bestehen aus:

- a) den Beiträgen der Mitglieder,
- b) den Eintrittsgeldern neu aufgenommener Innungs-genossen,
- c) den Ueberschüssen aus den Einnahmen der Prüfungs-Kommission,
- d) den verfügbaren Ordnungsstrafen und sonstigen unregelmäßigen Einnahmen,
- e) den etwaigen Einkünften von zinsbar belegten Geldern der Innung.

Die Beiträge, welche zur Deckung der voraussichtlichen, im Jahreshaushaltsplane angegebenen Ausgaben erforderlich sind, werden jedesmal auf ein Jahr nach dem festen, für alle Mitglieder gleichen Satze von 9 Mk. in monatlichen Raten erhoben; die nicht in der Stadt Braunschweig wohnenden Mitglieder haben die Beiträge an den Schatzmeister der Innung pünktlich und ohne Annahmung portofrei einzusenden oder ein in der Stadt Braunschweig wohnendes Mitglied der Innung mit der Zahlung zu betrauen.

Soweit dieser feste jährliche Beitrag für das laufende Rechnungsjahr nicht ausreicht, wird zur Deckung der jeweiligen Jahreserfordernisse eine Auflage für die Innungsmitglieder ausgeschrieben, zu welcher jeder einzelne Genosse nach der Anzahl der beschäftigten Gefellen beisteuert.

Aus der Innungskasse werden folgende Ausgaben bestritten:

- a) die Zinsen für Innungsschulden und die zu deren Tilgung nothwendigen Abträge,
- b) die auf dem Innungsvermögen lastenden öffentlichen Ausgaben,
- c) die Kosten der Geschäftsführung bei Verwaltung der Innungsangelegenheiten,
- d) sonstige statutengemäß beschlossene Aufwendungen.

Die in der Innungskasse vorhandenen Baarbestände sollen, soweit sie 200 M. übersteigen, sicher zinstragend belegt werden.

Ein Aufwand für gesellige Vergnügungen darf der Innungskasse nicht zur Last fallen.

Die Rechnung der Innungskasse ist für jedes Kalenderjahr gesondert aufzustellen und alljährlich spätestens im Monat März der Innungsversammlung zur Entlastung vorzulegen, nachdem dieselbe vorher von den dazu erwählten Rechnungsrevisoren mit den Belägen verglichen und auf ihre Richtigkeit geprüft worden ist.

Bei Belegung zinstragender Gelder oder Uebergabe von Werthpapieren zur Aufbewahrung an eine staatliche Anstalt ist derart zu verfahren, daß bei ihrer Wiedererhebung die schriftliche Empfangsbescheinigung außer vom Schatzmeister noch von zwei anderen Vorstandsmitgliedern unterschrieben sein muß.

#### §. 13.

##### **Von dem Schiedsgerichte für die Innungsgenossen.**

Kommen unter den Innungsgenossen Beleidigungen oder Streitigkeiten vor, welche sich auf gewerbliche Verhältnisse beziehen, so ist vor Anstrengung einer gerichtlichen Klage der Vorstand der Innung von dem vorliegenden Streitfalle zu benachrichtigen. Der Vorstand bildet nach eingebrachter Anklage das Schiedsgericht der Innung, vernimmt Zeugen und Sachverständige und versucht auf Grund seiner Erhebungen die Parteien zu einem billigen Ausgleich zu bewegen.

Dasjenige Innungsmitglied, welches eine Streitigkeit dieser Art ohne Sühneversuch zum gerichtlichen Austrage bringt, verfällt in eine vom Vorstande festzusetzende Ordnungsstrafe von 10 bis 50 M.

---

### **Abchnitt IV.**

#### §. 14.

##### **Vom Vorstande.**

Im Januar jeden Jahres wird in einer hierzu berufenen Versammlung der Vorstand neu gewählt; Wiederwahl ist zulässig.

Die Wahl geschieht mittelst Stimmzettel in einzelnen Wahlgängen nach absoluter Stimmenmehrheit; wird im ersten Wahlgange keine absolute Stimmenmehrheit erzielt, so wird unter den Beiden, welche die meisten Stimmen erhalten haben, ein zweiter Wahlgang veranstaltet, entsteht alsdann Stimmengleichheit, so entscheidet das Loos.

§. 15.

**Zusammensetzung des Vorstandes.**

Der Vorstand der Innung besteht aus:

- a) dem Obermeister,
- b) dem ersten stellvertretenden Obermeister,
- c) dem zweiten stellvertretenden Obermeister,
- d) dem Sekretär,
- e) dem Schatzmeister,
- f) dem Ladenmeister,
- g) dem Schaumeister, als Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission,
- h) dem Bibliothekar,
- i) dem Schriftführer.

§. 16.

**Verwaltung der Vorstandsämter.**

Die Vorstandsmitglieder verwalten ihr Amt als Ehrenamt, sie treten vom Amte zurück, sobald sie die Eigenschaften verlieren, welche für den Eintritt in die Innung maßgebend sind.

§. 17.

Wenn eines der im §. 15 unter d—i genannten Mitglieder des Vorstandes vor dem Ende seiner Amtszeit ausscheidet, so bestimmt der Vorstand für den Rest der Amtszeit des Ausscheidenden einen Stellvertreter aus den übrigen Vorstandsmitgliedern.

§. 18.

Der Obermeister und in Behinderung sein Stellvertreter beruft die Vorstandssitzungen und die Innungsversammlungen und

leitet die Verhandlungen in beiden; derselbe leitet auch die laufenden Geschäfte, welche nicht durch Innungs- oder Vorstandsbeschluß anderweitig vertheilt sind. Der Vorstand ist beschlußfähig bei Anwesenheit von fünf Mitgliedern.

§. 19.

Der Vorstand vertritt die Innung nach außen in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Verhandlungen.

Schriftliche Willenserklärungen des Vorstandes müssen im Namen desselben ausgestellt und mit Ausnahme des im §. 12 letzter Absatz gedachten Falles von dem Obermeister oder dessen Stellvertreter und noch mindestens zwei Vorstandsmitgliedern unterschrieben sein. Eine in dieser Form ausgestellte Erklärung gilt Dritten gegenüber als eine die Innung verpflichtende Willenserklärung des Vorstandes.

Der Vorstand haftet indeß mit eigener Verantwortlichkeit bei allen seinen Erklärungen für pünktliche Erfüllung der Vorschriften dieser Statuten.

§. 20.

**Schriftführung.**

Alle Gegenstände der Tagesordnungen und Verhandlungen des Vorstandes und der Innungsversammlungen sind in ein besonderes Buch einzutragen, den Versammlungen behufs Verbesserung und Richtigstellung zur Genehmigung vorzulegen und vom Vorsitzenden zu unterschreiben.

§. 21.

**Verantwortlichkeit des Vorstandes und Ausführung der Beschlüsse der Innungsversammlung.**

Der Vorstand hat die auf die Tagesordnung der Innungsversammlungen zu setzenden Gegenstände vorzubereiten und die Beschlüsse der Innungsversammlungen auszuführen; er ist der Innung für pünktliche Geschäftsführung verantwortlich.

Seine Geschäftsordnung setzt er selbst fest und tritt nach Maßgabe der Geschäfte zu ordentlichen und außerordentlichen Sitzungen zusammen.



Der Vorstand muß zu einer Sitzung zusammentreten, sobald drei seiner Mitglieder den Antrag dazu stellen. Kommt der Obermeister solchem Ansuchen nicht nach, so ruft der Stellvertreter den Vorstand zusammen.

Will die Innung den Vorstand wegen seiner Geschäftsführung verantwortlich machen, so kann sie zur Verfolgung etwaiger Ansprüche einen besonderen Vertrauensmann ernennen.

---

## **Abchnitt V.**

---

### **§. 22.**

#### **Ueber Innungsversammlungen.**

Die Innungsversammlung wird durch den Obermeister berufen mittelst schriftlicher oder mündlicher Ladung und gleichzeitiger Bekanntmachung der Tagesordnung durch die „Braunschweigischen Anzeigen“. Im Falle des Eingehens dieser Zeitung erwählt die Innungsversammlung eine andere zu ihren Bekanntmachungen.

Eine schriftliche Einladung mit Anführung der Tagesordnung muß erfolgen, wenn es sich um Aenderung der Statuten oder Auflösung der Innung handelt. In solchen Versammlungen hat jeder Innungsgenosse zu erscheinen, welcher seinen Wohnsitz in der Stadt Braunschweig hat; falls er sich vor dem Tage der Versammlung wegen Fehlens nicht triftig zu entschuldigen vermag, wird er von der Innungsversammlung mit einer Ordnungsstrafe bis zu 10 Mk. belegt, die Entschuldigungen wegen Versäumniß solcher Versammlungen sind schriftlich beim Obermeister anzubringen.

### **§. 23.**

In der Regel findet in jedem Monat eine ordentliche Innungsversammlung statt.

Außerdem ist der Obermeister oder dessen Stellvertreter zur Berufung außerordentlicher Versammlungen verpflichtet, sobald der Vorstand oder der vierte Theil der Innungsmitglieder eine solche Berufung verlangt. Wird die Berufung verweigert, so können die obigen Antragsteller eine Berufung der Innung bei der Aufsichts-

behörde erbitten; die Kosten der Einberufung sind durch die Innung zu tragen, den Vorsitz in solcher Versammlung führt ein von der Aufsichtsbehörde dazu bestimmtes Innungsmitglied. Ohne triftige Entschuldigung fehlende Mitglieder verfallen den Strafbestimmungen nach §. 22 dieser Statuten.

§. 24.

Die Beschlüsse der Innungsversammlungen werden durch absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Der Beschlussfassung können auch solche Anträge unterworfen werden, welche nicht mehr durch die Tagesordnung bekannt gemacht werden konnten, falls die Versammlung in ihrer Mehrheit die Dringlichkeit anerkennt und die anwesenden Vorstandsmitglieder keine Einsprache erheben.

§. 25.

**Abänderung der Statuten und Auflösung der Innung.**

Anträge auf Abänderung der Statuten oder Auflösung der Innung sind beim Vorstande schriftlich einzubringen. Dieselben müssen durch den zehnten Theil der Innungsmitglieder unterstützt sein.

Die Tagesordnung einer besonders für diesen Zweck zu berufenden Versammlung ist den Mitgliedern acht Tage vor der Versammlung nach Anleitung der Bestimmungen in §. 22, Absatz 2 dieser Statuten bekannt zu geben. Gleichzeitig ist der Aufsichtsbehörde hiervon Mittheilung zu machen und das Ersuchen um Entsendung eines Vertreters zu stellen.

§. 26.

Zur Gültigkeit von Beschlüssen über die Auflösung der Innung oder Abänderung der Statuten ist die Anwesenheit von drei Viertheilen der in der Stadt Braunschweig wohnenden Innungsmitglieder erforderlich. Ist diese Zahl in der ersten zu diesem Zweck geladenen Versammlung nicht erschienen, so wird unter den gleichen Bedingungen wie bei der ersten Versammlung innerhalb vier Wochen eine zweite Versammlung berufen; in welcher dann ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen Beschluß gefaßt wird.

Die Beschlüsse sind gültig, wenn zwei Drittel der erschienenen Mitglieder für die Anträge auf Aenderung der Statuten oder Auflösung der Innung gestimmt haben.

Vermögen, welches bei Auflösung der Innung vorhanden ist, wird zur Erfüllung von Verpflichtungen der Innung verwendet. Bleiben nach diesen noch Ueberschüsse, so werden dieselben, soweit sie in Baarmitteln bestehen, der in dem I. Nebenstatut begründeten Unterstützungskasse für Innungsmitglieder überwiesen. Haben die Gegenstände einen historischen Werth, so sollen dieselben dem städtischen Museum überwiesen und dessen völliges Eigenthum werden, wenn sich innerhalb 10 Jahren nicht eine neue Innung auf gleichen Grundlagen bildet.

§. 27.

**Geschäftsordnung der Innungsversammlung.**

Soweit nicht in diesem Statut die Form der Geschäftsführung bestimmt ist, beschließt die Innungsversammlung selbstständig darüber und setzt erforderlichen Falls eine Geschäftsordnung fest.

§. 28.

**Geschäfte, welche der Beschlussfassung der Innungsversammlung vorbehalten sind.**

Der Beschlussfassung der Innungsversammlung unterliegen insbesondere:

1. die Wahl des Vorstandes;
2. die Feststellung des jährlichen Haushaltungsplanes;
3. die Bewilligung von Ausgaben, welche nicht im Haushaltungsplane vorgesehen sind;
4. die Abnahme der Jahresrechnung;
5. Abänderung der Statuten und Auflösung der Innung;
6. Errichtung von Nebenstatuten und neuen Einrichtungen, welche zur Erfüllung der Innungszwecke dienlich sind;
7. die Beschlüsse über Gesellen- und Lehrlingswesen;
8. die Wahl eines Innungsausschusses für das Gesellen- und Lehrlingswesen, Herbergs- und Unterstützungssachen der Gesellen;
9. die Wahl der Prüfungs-Kommission und anderer Kommissionen;

Der Gesellen-Ausschuß ist beschlußfähig bei Anwesenheit von drei Mitgliedern; alle Beschlüsse desselben werden schriftlich aufgenommen und aufbewahrt. Bei den Verhandlungen entscheidet Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Im Uebrigen bestimmt der Gesellen-Ausschuß seine Geschäftsordnung selbst.

§. 35.

Außer den ihm durch diese Innungsstatuten oder durch Nebenstatuten übertragenen Geschäften hat der Gesellen-Ausschuß nachfolgende Obliegenheiten wahrzunehmen:

- a) Veränderungen an Nebenstatuten der Baugewerken-Innung, in welchen die Gesellen berührt werden, sollen erst dann der Aufsichtsbehörde zur Erwirkung der Genehmigung unterbreitet werden, wenn der Gesellen-Ausschuß darüber gehört ist;
- b) wird eine Aenderung an derartigen Bestimmungen von dem Gesellen-Ausschuß beanstandet, so findet zunächst eine Verathung des Gesamtausschusses (§. 36 dieser Statuten) unter dem Vorfige des Ladenmeisters statt. Werden auf Grund dieser Verathung die Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeglichen, so sind die Abänderungsanträge der Innung mitfammt den abweichenden Beschlüssen des Gesellen-Ausschusses der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung und Erwirkung der Genehmigung zu unterbreiten. In gleicher Weise wird verhandelt, falls Abänderungen des Innungsstatutes an den Punkten vorgenommen werden, in welchen das Gesellenwesen berührt wird;
- c) entstehen zwischen den Mitgliedern der Innung und ihren Gesellen Streitigkeiten über Arbeitszeit und Lohnsätze, so sollen die Angelegenheiten in dem Gesamtausschusse unter Buziehung des Innungsvorstandes verhandelt werden.

Der Entschlieung des Innungsvorstandes bleibt es vorbehalten, bei nicht zu begleichenden Meinungsverschiedenheiten dieser Art die Vermittlung der Aufsichtsbehörde anzurufen.

§. 36.

**Aufgaben des Gesammtauschusses.**

Der Innungsausschuß für Gesellenwesen zc. (§. 29) und der Gesellen-Ausschuß (§. 30—32) treten nach Bedürfniß auf Anordnung des Ladenmeisters oder dessen Stellvertreters als Gesammtauschuß zusammen; jedenfalls hat der Zusammentritt zu erfolgen, wenn der Gesellen-Ausschuß oder der Innungsausschuß für Gesellenwesen oder der Innungsvorstand eine Versammlung beantragen; bei der Prüfung der zu Gesellen auszuscheidenden Lehrlinge hat der Ausschuß nach §. 100a der R.-Gew.-Ordn. mitzuwirken und erfolgt die Prüfung nach folgenden Vorschriften:

- a) Jeder Lehrling hat vor Behändigung eines Gesellenbriefes ein Probestück aufzuzeigen, welches in einer praktischen Arbeit oder in einem Modell bestehen kann;
- b) Lehrlinge, welche ein Gesellenstück machen wollen, sei es ein Modellstück oder ein praktisches Stück, haben davon dem Ladenmeister der Innung und dem Altgesellen des Gesellen-Ausschusses Mittheilung zu machen, ihnen den Ort der Arbeit, den Beginn der Arbeit und deren Beendigung anzuzeigen und die Abnahme zu erbitten.  
Darauf wird der Ladenmeister den Gesammtauschuß zusammenberufen und ihm die erforderlichen Vorschläge wegen Aufsicht bei den Probearbeiten und deren endliche Abnahme unterbreiten;
- c) die Anfertigung und Fertigstellung der Gesellenstücke ist derartig zu betreiben, daß bis zu dem Tage des Ausschreibens der Junggesellen dem Gesammtauschuß noch mindestens eine volle Woche zur Prüfung und Besprechung der Probearbeiten verbleibt. Verspätet abgelieferte Gesellenstücke haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung;
- d) besonders gut und tüchtig angefertigte Gesellenstücke sollen mit Ehrengeschenken durch die Innung bedacht werden; der Gesammtauschuß wird der Innung diejenigen Probearbeiten bezeichnen, welche solcher Auszeichnung würdig sind;

- e) bestehen die mit Ehrengeschenken bedachten Probearbeiten in Modellen, so werden dieselben als Eigenthum der Innung angesehen und aufbewahrt;
- f) haben die Mitglieder des Gesellen-Ausschusses Auslagen für Reisen zu machen oder sonstige Unkosten für veräumte Löhne, so sollen sie sich über die Höhe der Unkosten vorher mit dem Ladenmeister benehmen, auf dessen Anweisung dann der Schatzmeister der Innung die gehaltenen Unkosten vergütet;
- g) je nach den Umständen kann der Gesammtauschuß auch vorschreiben, daß die Junggesellen außerhalb der Stadt Braunschweig wohnender Innungsmitglieder ihre Probestücke in der Stadt Braunschweig herzustellen haben; in diesem Falle wird dem Junggesellen bei hiesigen Innungsmeistern eine passende Arbeit überwiesen;
- h) erklärt der Gesammtauschuß mit Stimmenmehrheit eine Gesellenarbeit als unbrauchbar, so erhält der betreffende Lehrling keinen Lehrbrief, hat vielmehr sich nach Ablauf von drei bis sechs Monaten einer neuen Probearbeit zu unterziehen.

Gewinnt der Gesammtauschuß die Ueberzeugung, daß die mangelhafte Ausbildung des Lehrlings durch die Nachlässigkeit des Lehrmeisters herbeigeführt ist, so kann er dem um drei bis sechs Monate zurückgesetzten Lehrling die Erlaubniß geben, diese Nachlehre bei einem anderen Innungsmeister anzutreten.

---

## Abchnitt VII.

---

### §. 37.

#### Vom Herbergswesen.

Zu den Unkosten der Regelung des Herbergswesens und der Veranstaltung geselliger Versammlungen der Innungsmitglieder und deren Gesellen wird von den in der Stadt Braunschweig wohnenden Mitgliedern, nach der Anzahl der bei ihnen beschäftigten

Gesellen, ein Beitrag von  $\frac{1}{2}$  Pfg. für jede Woche und jeden Gesellen erhoben; durch Beschluß der Innungsversammlung kann dieser Beitrag bis auf 1 Pfg. für jeden Gesellen und jede Woche erhöht werden.

Die Einziehung dieser Beiträge erfolgt allwöchentlich durch den Innungsboten.

Der Ladenmeister ist der Verwalter dieser Beiträge und hat dieselben nach den Bestimmungen über das Innungsvermögen zu verwalten und alljährlich im Januar der Innung Rechnung abzulegen; nachdem dieselbe durch die von der Innung erwählten Rechnungsrevisoren geprüft ist, entlastet die Innungsversammlung den Ladenmeister.

§. 38.

**Verwendung der Beiträge.**

Aus den eingegangenen Beiträgen kann der Gesamtausschuß für Gesellen-, Lehrlings- und Herbergswesen (§. 36) den Gesellengruppen der Maurergesellen, Zimmergesellen und Dachdecker- gesellen einen alljährlich neu zu bewilligenden Zuschuß bis zu 50 Mk. für jede Gruppe zur Ermiethung einer passenden Gesellenstube in einem anständigen Gasthause bewilligen. Ist eine der gewählten Handwerks- stuben nach Ansicht des Gesamtausschusses nicht geeignet für eine anständige Unterbringung der betreffenden Gesellengruppe, so ist der Zuschuß bis zu geeigneter Wahl zu verweigern.

Bereinigen sich die Gesellengruppen über die Ermiethung eines gemeinschaftlichen Locals, so soll ihnen ein Zuschuß bis zu 150 Mk. bewilligt werden dürfen.

§. 39.

Jeder in den Monaten November bis März zureisende Geselle, welcher im Innungsbezirke keine Arbeit findet, erhält vom Laden- meister oder dessen Beisitzern eine Anweisung, auf welche dem Gesellen, in den durch den Gesamtausschuß zu bestimmenden Her- bergen und Gasthöfen, je nach den Zeiten Abendessen, Nachtlager und Morgentaffee oder Frühstück und Mittagessen verabreicht wird.

§. 40.

Jeder Zureisende, welcher auf das Geschenk Anspruch erhebt, hat sich als Maurer-, Zimmer- oder Dachdecker- gesell auszuweisen.

§. 41.

Die Unterstützung an denselben durchreisenden Gesellen erfolgt zum zweitenmale in demselben Winter nur nach einer Zwischenzeit von 6 Wochen.

§. 42.

Bei günstigem Stande der Kasse kann der Ladenmeister durchreisenden Gesellen auch eine außerordentliche Unterstützung, z. B. ein Paar Stiefelsohlen, bewilligen.

Von jeder außergewöhnlichen Zuwendung hat der Ladenmeister dem Gesammtausschuß bei der nächsten Zusammenkunft Bericht zu erstatten.

§. 43.

Der Rest der während eines Kalenderjahres eingezogenen Beiträge kann von dem Gesammtausschuß für die ganze Gesellschaft der Innung zur Veranstaltung geselliger Unterhaltungen verwandt werden, zu welchen die Innungsmitglieder besonders einzuladen sind.

---

## Abchnitt VIII.

§. 44.

**Von den Lehrlingen.**

Die Innungsmitglieder sind verpflichtet, Lehrlinge nicht anders als auf Grund schriftlicher Lehrverträge anzunehmen und sie nach Ablauf der gesetzlichen oder bedungenen Probezeit an den dazu angesetzten Tagen in die Lehrlingsrolle eintragen zu lassen. (Vergl. die Bestimmungen in §. 11.)

§. 45.

Die Innungsmitglieder sind verpflichtet, ihren Lehrlingen die gehörige Unterweisung zur Erlernung ihres Geschäftes zu Theil werden zu lassen und dieselben nicht mit außergeschäftlichen Arbeiten zu beschweren. Besteht in der Innung eine Fachschule oder unterhält die Stadtgemeinde eine solche, so soll der Lehrmeister dem Lehrlinge die nöthige Besuchszeit freigeben und ihn zum regelmäßigen Besuch der Schule anhalten. Verstöße gegen diese Bestimmungen werden erstmals vom Obermeister gerügt, im Wiederholungsfalle mit Ordnungsstrafen bis zu 10 Mark belegt.



§. 46.

Ueber die bestandene Lehrzeit, die erlangte Fähigkeit und das sittliche Verhalten wird dem Lehrlinge nach Ablegung des Gesellenstückes ein Lehrbrief ausgehändigt.

Die Lehrverträge und die Lehrbriefe werden in ihrem Texte von der Innungsverammlung festgestellt und in für alle Mitglieder gleichen Stücken von der Innung vorrätzig gehalten.

§. 47.

Die Dauer der Lehrzeit darf ohne Genehmigung des Gesamtausschusses für Gesellen- und Lehrlingswesen nicht unter drei Jahren festgesetzt werden.

Derselben Genehmigung unterliegt ein Abkommen, laut welchem der Lehrmeister dem Lehrlinge einen Theil der Lehrzeit schenkt, so daß letztere weniger als drei Jahre betragen würde.

---

## Abchnitt IX.

---

§. 48.

**Abluß von Gesellenverträgen.**

Die Innungsmitglieder verpflichten sich, bei der Annahme von Gesellen und Arbeitern mit denselben folgende schriftliche Vereinbarungen einzugehen:

1. Die Lohnperiode geht von Mittwoch zu Mittwoch und währt eine Woche; der fällige Lohn wird am Sonnabend gezahlt;
2. die Gesellen und Arbeiter haben das Recht, mit 3tägiger Kündigung die Arbeit zu verlassen. Angefangene Accordarbeiten müssen vollendet werden. Der Meister braucht von Gesellen und Arbeitern, welche in Accord arbeiten, vor Vollendung der Accordarbeit keine Kündigung anzunehmen;
3. der Meister entläßt seine Gesellen und Arbeiter ohne Kündigung, in der Regel Sonnabend Abends.

Die Nichtbeachtung dieser Vorschriften seitens der Innungsmitglieder zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 10 Mk. nach sich.

Außerdem werden sich die Innungsmitglieder über die Innehaltung gemeinsamer Arbeitszeiten verständigen und diese, sowie andere gemeinsam zu treffende Anordnungen in einer Werkstättenordnung niederlegen, welche den Gesellen bei deren Annahme bekannt zu machen ist.

Besondere Abreden, welche durch die obigen Vorschriften und die gemeinsame Werkstättenordnung nicht getroffen werden, bleiben dem freien Ermessen der Mitglieder überlassen.

---

## Abchnitt X.

### §. 49.

#### Schiedsgericht im Lehrlingswesen.

Der Innungsausschuß für das Lehrlingswesen (§. 29) entscheidet an Stelle der Gemeindebehörde Streitigkeiten der in §. 120 a der Reichsgewerbeordnung bezeichneten Art zwischen den Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen, auf Grund mündlicher Verhandlungen. Die Vertretungen der Parteien durch Rechtsanwälte ist ausgeschlossen.

Ergiebt sich aus den Verhandlungen, daß der Lehrmeister trotz wiederholter Ordnungsstrafen fortgesetzt seine Pflichten gegen den Lehrling verlegt, so kann auf Antrag des Innungsausschusses durch Beschluß der Innungsversammlung einem solchen Lehrmeister die Befugniß zum Halten von Lehrlingen bis auf Weiteres entzogen werden.

Von einem solchen Beschlusse ist der Vater des Lehrlings zu unterrichten und demselben die Kündigung des Lehrverhältnisses anheim zu geben; auf Wunsch des Vaters sorgt alsdann der Innungsausschuß für passende anderweitige Unterbringung des Lehrlings.

---

# **I. Nebenstatut**

zum

## **Innungsstatut der Baugewerke-Innung zu Braunschweig,**

**die Errichtung einer Unterstützungskasse für die Innungs-  
mitglieder und deren Angehörige betreffend.**

---

### **Unterstützungskasse für Innungsmitglieder und deren Angehörige.**

#### **§. 1.**

Zur Unterstützung erwerbsunfähiger oder in Noth gerathener Innungsmitglieder und deren Angehörigen, beziehentlich solcher Personen, welche früher der Innung angehörten, wird eine Unterstützungskasse gebildet, über deren Ausgaben und Einnahmen der Schatzmeister der Innung besonders Buch zu führen hat.

Für die Verwaltung gelten dieselben Bestimmungen, welche für die Verwaltung des Innungs-Vermögens maßgebend sind.

Die rechtliche Vertretung der Unterstützungskasse liegt dem Vorstande der Innung ob und nach denselben Bestimmungen, welche für die Innung getroffen sind.

#### **§. 2.**

Die Einnahmen der Unterstützungskasse setzen sich zusammen aus:

- a) den Beiträgen der Mitglieder, welche von diesen nach der Anzahl der von ihnen beschäftigten Gesellen mit 1 Pf. für jeden Gesellen und jede Woche erhoben werden.

Die Beiträge von den in der Stadt Braunschweig wohnenden Mitgliedern werden wöchentlich durch den Innungsboten erhoben, die außerhalb der Stadt Braunschweig wohnenden Mitglieder haben ihre Beiträge monatlich einzusenden;

- b) den Geschenken und Sammlungen, welche dieser Unterstützungskasse überwiesen werden;
- c) den Zinsen aus den belegten Kapitalien und anderen Renten.

§. 3.

Die Mitglieder-Beiträge werden auf die Hälfte herabgesetzt, sobald das Stammvermögen den Betrag von 20 000 Mk. erreicht hat.

§. 4.

Bleibt ein Mitglied mit der Zahlung oder Einsendung der Beiträge länger als drei Monat im Rückstande, so verliert es nach vorheriger mittelst eingeschriebenen Briefes erfolgender Anmahnung das Stimmrecht in allen Angelegenheiten der Unterstützungskasse und das Anrecht auf persönliche Bezüge aus derselben auf so lange, bis es seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.

§. 5.

Bis zu der Zeit, in welcher die Unterstützungskasse über ein unantastbares Stammvermögen von 20 000 Mk. verfügt, darf nur die Hälfte der Mitgliederbeiträge und die Hälfte der Zinsen aus belegten Geldern zu Unterstützungszwecken verwendet werden; die Hälfte der Zinsen soll auch nach diesem Zeitpunkte noch zum Kapitale geschlagen werden, um dieses zu vermehren.

§. 6.

Anträge auf Unterstützung sind beim Innungsvorstande anzubringen; einmalige Unterstützungen bewilligt der Vorstand, dauernde Unterstützungen, sowie auch die etwaige Unterbringung in einem Männer-Asyle bewilligt die Innungsversammlung. Dauernde Unterstützungen werden nach Lage der Sache in wöchentlichen oder monatlichen Raten bewilligt.

An Personen, deren Verhältnisse Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nöthig machen, sind dauernde Unterstützungen nicht zu verwilligen.

§. 7.

Sollte der Innungsvorstand demnächst für räthlich halten, bei der Herzoglichen Landesregierung die Rechte milder Stiftungen für die Unterstützungskasse nachzusehen, so soll solches geschehen, damit den Nachkommen der Stifter der Kasse ein dauerndes Beispiel der Fürsorge derselben erhalten werde.

§. 8.

Löst sich die Innung auf oder wird ihr Bestehen auf andere Weise unmöglich, so soll die Unterstützungskasse der Baugewerke-Innung fortbestehen bleiben und der Verwaltung des Stadtmagistrats unterstellt werden, welcher nach den bestehenden Statuten nothleidende Angehörige der Baugewerbe aus den Mitteln der Kasse bedenken soll.

Bildet sich im Laufe der Zeit nach der vorgedachten möglichen Auflösung eine neue Innung auf ähnlicher Grundlage, so soll deren Vorstand wiederum mit der Verwaltung der Unterstützungskasse betraut werden.

Eine Vertheilung des Vermögens unter die Mitglieder der Innung bleibt ausgeschlossen, es soll die Kasse vielmehr dauernd ihrer ursprünglichen Bestimmung erhalten werden.

§. 9.

Die Belegung der Gelder dieser Unterstützungskasse soll verzinslich bei der Reichsbank oder dem staatlichen Leihhause und der staatlichen Sparkasse erfolgen oder in solchen Werthpapieren geschehen, wie sie ein Vormund nach den Gesetzen für ein Mündel ankaufen darf.

Sowohl die Belegung der Gelder als auch die Niederlegung angekaufter Werthpapiere, welche gleichfalls bei der Reichsbank oder einer andern unter Staatsgarantie stehenden Anstalt zu erfolgen hat, soll in der Form vor sich gehen, daß zur Erhebung zinslich belegter Gelder oder in Verwahrung gegebener zinstragender Werth-

papiere neben der Unterschrift des Schatzmeisters der Innung noch die Unterschrift des Obermeisters und des ersten oder zweiten stellvertretenden Obermeisters — in Summa drei Unterschriften — erforderlich ist.

Auf Hypotheken dürfen Gelder ebenfalls nur in mündelsicherer Weise belegt werden; ländliche Hypotheken sind vorzuziehen.

Eine Ansammlung von Baarmitteln in der Kasse des Schatzmeisters über 100 Mk. hinaus, neben den Mitteln für die jederzeit fälligen Zahlungen, soll nicht gebuldet werden; so oft 100 Mk. frei verfügbar sind, soll ihre Belegung nach obigen Vorschriften erfolgen.

---

## III. Nebenstatut

zum

### Innungsstatut der Baugewerke-Innung zu Braunschweig,

die Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichts betreffend.

---

#### §. 1.

Zur Entscheidung von Streitigkeiten der im §. 120 a der Reichs-Gewerbeordnung gedachten Art zwischen Meister, Gesellen und Arbeitern soll ein aus drei Mitgliedern bestehendes Schiedsgericht gebildet werden.

#### §. 2.

Alljährlich im Januar treten auf Anordnung des Obermeisters der Innung alle bei den Innungsmitgliedern arbeitenden Gesellen zur Wahl eines Schiedsrichters zusammen; die Wahl geschieht durch Stimmzettel nach einfacher Stimmenmehrheit, den Vorsitz führt der Obermeister.

Scheidet der so erwählte Schiedsrichter vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so tritt an seine Stelle dasjenige Mitglied der Gesellschaft, welches bei dem Wahlverfahren die zweitmeisten Stimmen erhielt. Die Amtsdauer dieses Stellvertreters reicht bis zur nächsten Neuwahl.

Dieser Stellvertreter tritt auch in allen denjenigen Fällen als Mitglied des Schiedsgerichtes ein, in welchen das ordentliche Mitglied durch Krankheit oder sonst am Erscheinen im Schiedsgericht verhindert ist.

§. 3.

In einer im Januar jeden Jahres statthabenden Innungsverversammlung ernennt dieselbe eines ihrer Mitglieder zum Schiedsrichter und bestimmt für Verhinderungsfälle ein zweites Mitglied zum Stellvertreter.

§. 4.

Nach stattgehabter Wahl aus der Gesellschaft und der Innungsverversammlung sendet der Obermeister eine Abschrift der Wahl-Verhandlungen an die Aufsichtsbehörde mit dem Ersuchen, einen Vorsitzenden für das Schiedsgericht zu ernennen. Der Vorsitzende und die Schiedsrichter stehen ihrem Amte über das Kalenderjahr hinaus vor bis die Neubildung des Schiedsgerichtes erfolgt ist.

§. 5.

Nachdem solchergestalt das Schiedsgericht zusammengesetzt ist, tritt dasselbe nach Bedarf, oder in regelmäßigen wöchentlichen Sitzungen zusammen, um an Stelle der Gemeindebehörden diejenigen Streitigkeiten zu entscheiden, welche zwischen den Innungsmitgliedern und ihren Gesellen und Arbeitern entstehen und sich auf den Antritt, die Fortsetzung oder die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen aus denselben und auf Ertheilung und den Inhalt der Arbeitsbücher und der Zeugnisse beziehen.

§. 6.

Das Schiedsgericht ist nur beschlußfähig in Gegenwart sämtlicher Mitglieder; es setzt seine Geschäftsordnung selbst fest, verhandelt mündlich mit den Parteien ohne Vermittlung von Rechtsanwälten und vernimmt nach Bedarf Zeugen und Sachverständige.

§. 7.

Die Verhandlungen und Beschlüsse werden in ein dazu bestimmtes Buch eingetragen und aufbewahrt.

§. 8.

Die von der Gesellschaft und aus der Innung erwählten Schiedsrichter werden für jede nicht entschuldigte Versäumniß einer



Sizung durch das Schiedsgericht mit einer Strafe bis zu 20 Mk. zu Gunsten der Kasse für das Herbergswesen belegt; sie sind zur promptesten Erledigung der Angelegenheiten, in denen ihre Entscheidung angerufen wird, verpflichtet.

§. 9.

Dem von der Gesellschaft erwählten Schiedsrichter ist für nothwendige Versäumniß der Arbeitsgelegenheit eine billige Entschädigung durch den Innungs-Vorstand zuzubilligen und bei dem Schatzmeister der Innung nach Anweisung zu erheben.

§. 10.

Die Anträge der Parteien werden bei dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts angebracht.

Die Bildung des Schiedsgerichts, insbesondere die erstmalige Wahl der Beisitzer findet im Laufe des Monats December 1885 statt; die Thätigkeit des Schiedsgerichts beginnt mit dem 1. Januar 1886.



**Anlage A zum Statut.**

**Grundsätze**  
für die  
**Ausführung von Bauarbeiten,**  
welche von  
Mitgliedern der Baugewerke-Innung zu Braunschweig über-  
nommen sind, zugleich als Anweisung für Sachverständige und  
Schiedsrichter.

---

**Die Aufrechnung der Bauarbeiten und sonstigen Gebräuche  
bei Uebernahme von Bauarbeiten.**

---

**I. Allgemeine Bestimmungen.**

Durch diesen Entwurf wird festgesetzt, wie hier Orts Innungs-  
gebrauch ist, Bauarbeiten zu verrechnen, welche Pflichten und Rechte  
der Bauherr und der Werkmeister gegenseitig haben und wie  
Streitigkeiten zwischen denselben ausgeglichen werden sollen.

Die Einzelvorschriften der folgenden Ortsgebräuche werden  
von den Mitgliedern der Baugewerke-Innung den abzuschließenden  
Bauverträgen zu Grunde gelegt und sollen als entscheidend an-  
gesehen werden, sobald ein Anderes nicht verabredet ist.

§. 1.

In jedem Vertrag, den ein Baugewerksmeister mit einem  
Bauherrn, sei derselbe Laie oder Fachmann, aufstellt, ist nach  
Möglichkeit der Rechtsweg über technische Frage auszuschließen,  
vielmehr ist dazu ein Schiedsgericht zu bestimmen, für welches  
die gesetzlichen Anordnungen des 10. Buches der Deutschen Civil-  
Proceß-Ordnung maßgebend sein sollen.

§. 2.

Alle Sachverständigen, welche von Mitgliedern der hiesigen Baugewerke-Zinnung in Bau Sachen vorgeschlagen werden, müssen Mitglieder des Innungs-Verbandes Deutscher Baugewerksmeister sein, soweit nicht zur Begutachtung der Thatfachen das Urtheil eines akademisch gebildeten und staatlich geprüften Baumeisters erforderlich ist.

Die der Baugewerke-Zinnung angehörigen Sachverständigen haben nach diesem Ortsgebrauch zu entscheiden.

§. 3.

Die erforderlichen Bau- und Einzelzeichnungen zur Ausführung der von einem Baugewerksmeister übernommenen Arbeiten sind demselben kostenfrei zu liefern, falls er nicht selbst mit der Anfertigung des Planes und der Bauleitung beauftragt wird.

Die Anfertigung der Zeichnungen und Kostenanschläge und die Uebernahme der Bauleitung wird, wenn nichts anderes verabrebet ist, nach den in dem Kalender der „Baugewerkszeitung“ abgedruckten Hamburger Normen der Deutschen Architekten berechnet.

§. 4.

Kostenanschläge, Preisberechnungen und andere technische Arbeiten, welche im Auftrage des Bauherrn gearbeitet worden sind, müssen von demselben bezahlt werden.

Die Berechnung erfolgt nach den im vorigen Paragraphen erwähnten Normen.

§. 5.

Wird eine Caution gestellt, einerlei, ob von Seiten des Bauherrn oder des Meisters, so soll dieselbe an einem zu vereinbarenden dritten Orte aufbewahrt werden, und nur gegen gemeinschaftliche Quittung resp. Anweisung des Bauherrn und des Meisters zurückgegeben werden.

§. 6.

Die Haftzeit für Bauarbeiten währt ein Jahr von der Abnahme oder, wenn eine solche nicht förmlich stattfindet, von dem Tage der Fertigstellung der betreffenden Arbeiten an, und ist der Meister verpflichtet, alle durch fehlerhafte Arbeit oder Materialien,

welche seinerseits geliefert sind, entstandene Schäden auszubessern resp. richtigzustellen, ohne eine besondere Vergütung hierfür beanspruchen zu können. Von solcher Haftpflichtigkeit sind alle Schäden ausgeschlossen, welche nicht aus einem Versehen des Werkmeisters, sondern aus der Einwirkung der Naturgewalten entstehen.

§. 7.

Der Polier ist der rechtmäßige Vertreter des Meisters, sowohl dem Bauherrn, als den Gesellen, Arbeitern und Lehrlingen gegenüber, den letzteren drei Kategorien vollständig und in jeder Weise, dem Bauherrn gegenüber jedoch nur soweit, als der Polier berechtigt ist, Mittheilungen an den Meister entgegenzunehmen; den Anordnungen des Bauherrn Folge zu leisten, ist der Polier nicht ohne Weiteres berechtigt, er hat die Sache zuvor seinem Meister zur Entscheidung vorzutragen.

§. 8.

Die Rüstungen können, soweit vorhanden und die Arbeit des Eigenthümers derselben nicht dadurch Aufenthalt erfährt, von den übrigen, am Bau beschäftigten Handwerkern benutzt werden, doch wird der Eigenthümer des Gerüsts dritten Personen gegenüber für solche Mitbenutzung nicht verantwortlich.

§. 9.

Die Gerüste sind durch Gesellen herzustellen, denen zur Hülfe Arbeiter beigegeben werden können; es wird von den Gesellen als qualificirten Arbeitern verlangt, daß sie ein Gerüst ordnungsmäßig herstellen können.

§. 10.

Gerüste für innere Facharbeiten, als z. B. für Deckenschaalen, Deckenverputzen, Wandputzen, Ausführung des inneren Mauerwerks u. werden unter eigener Verantwortlichkeit der Gesellen von denselben ausgeführt, unbeschadet des §. 8 der Bestimmungen.

§. 11.

Außere Gerüste, sowie Windvorrichtungen sind vor der Benutzung von dem Polier zu untersuchen und gutzuheißen.

§. 12.

Es ist nicht Gebrauch, an Gerüsten oder Podesten ein Hand-Geländer herzustellen; Laufbühnen über die Balkenlagen sind in der Regel von drei neben einander liegenden Gerüstbrettern herzustellen.

§. 13.

Bei Tagelohnarbeiten wird die Zeit, welche die Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter zu dem ersten und letzten Wege nach oder von der Arbeitsstätte zu oder von der Behausung des Werkmeisters gebrauchen, dem Bauherrn mit in Rechnung gestellt. Für Lehrlinge werden  $\frac{2}{3}$  des Gesellen-Tagelohns in Rechnung gesetzt.

§. 14.

Übernimmt ein Werkmeister einen Bau in vollem Umfange bis zum Abliefern des Schlüssels, so ist, wenn der Bauvertrag nicht ausdrücklich ein Anderes bedingt, die Gas- und Wasserleitung, Kanalisation des Grundstücks, Pflasterung der Höfe und Straßen und Aufschüttung der Wege als nicht im Vertrage liegend anzusehen.

Alle Bestimmungen, welche für ein Handwerk in den vorliegenden Ortsgebräuchen aufgeführt sind, finden auch auf die andern Anwendung, wenn diese sich in gleicher Lage befinden. Wird z. B. der Bauzaun von einem Zimmermeister geliefert, so treten für diesen die Bestimmungen des §. 69 in Anwendung, und so auch an andern Stellen.

Wird ein Bau nach vorgelegter Zeichnung und Kostenanschlag zu einer festen Summe abgeschlossen oder für Lieferung der unter II bis IV benannten Arbeiten dieser Ortsgebräuche je ein bestimmter Satz vereinbart, so fallen alle vom Bauherrn befohlenen Veränderungen gegen den ursprünglichen Plan dem Bauherrn zur Last.

Bricht während der Bauperiode eine allgemeine Arbeits-einstellung der Gesellen aus, so werden die Termine um die Dauer der Arbeitsniederlegung verlängert; ist eine Lohnerhöhung Folge der Arbeitsniederlegung, so erhöhen sich die Arbeitsätze des Werkmeisters um den gleichen Betrag.

Kann ein zur Ablieferung eines Gebäudes festgesetzter Tag wegen Einwirkung elementarer Kräfte (Frost) nicht inne gehalten werden, so soll daraus dem Werkmeister kein Nachtheil entstehen; er hat unter entsprechender Verlängerung des Termines das Versäumte nachzuholen.

Die Anlegung und Instandhaltung fahrbarer Wege zu und auf dem Bauplatz ist Sache des Bauherrn.

Mehr- oder Minderlieferungen bei fest verabredeten Materialmengen sollen 10 % der Gesamtmasse nicht überschreiten; andernfalls tritt ein Zuschlag zu dem verabredeten Preise ein, welcher mit dem Werkmeister zu vereinbaren ist.

---

## **II. Erd- und Maurerarbeiten.**

### **§. 15.**

Die Aufmessung der Erdarbeit bei Ausschachtung einer Baugrube geschieht durch Berechnung des winkelfrechten Körpers, dem der Böschungskörper hinzugerechnet wird. Als Böschungsbreite wird die halbe Böschungshöhe angenommen.

### **§. 16.**

Bei Fundamentgräben gewöhnlicher Art soll an beiden Seiten des Fundamentes je 10 Centimeter Arbeitsraum angenommen werden, die Böschung wird dann ebenso verrechnet wie ad 15.

### **§. 17.**

Transportweiten werden ermittelt nach den Entfernungen des Schwerpunktes der Gewinnungs- und der Ablagerungskörper.

### **§. 18.**

- a) Unter „leichtem Boden“ ist solcher zu verstehen, welcher mit der Schaufel allein gelöst werden kann. Loser Boden, Ackererde und Sand.

- b) Unter „mittlerem Boden“ ist solcher zu verstehen, welcher mit Breithacke und Spaten zu gewinnen ist. Fester nasser Sand, leichter Leimboden, Kies, trocknes Torfmoor.
- c) Unter „schwerem Boden“ ist solcher zu verstehen, welcher mit der Spithacke zu lösen ist. Nasses Torfmoor, grandiger Leimboden, schwerer Lehm mit Grand, leichter Thonboden.
- d) Unter „festem Boden“ ist solcher zu verstehen, welcher mittelst Reile resp. durch Sprengung gelöst werden muß. Schwerer Lehm mit Trümmern, grober Grand mit Thon, fester, trockner Thon.
- e) Unter „schlammigem Boden“ versteht man solchen, welcher sich nicht mit der platten Schaufel transportiren läßt, sondern zu dessen Gewinnung irgend welche Schöpfgefäße benutzt werden müssen.

§. 19.

Es soll in den Kostenanschlägen angegeben sein, welcher Sorte oben angeführter Bodenarten der auszuhebende Boden angehört; ist nichts angegeben, so wird angenommen, daß der auszuhebende Boden ein „mittlerer Boden“ ist.

§. 20.

Kommen schwerere Bodenarten als die veranschlagten, oder abgelagerter Bauschutt, Kohlenasche, alte Fundamente und dergleichen vor, so sind diese Arbeiten besonders zu verrechnen.

§. 21.

Das etwa erforderliche Ausbohren der Baugrube ist nicht als selbstverständlich zu betrachten und muß, wenn erforderlich, besonders bezahlt werden.

§. 22.

Wasserbewältigung ist besonders zu vergüten und zwar sowohl an Arbeitslohn, wie auch an Vergütung für die verwendeten Hülfswerkzeuge oder Maschinen.



§. 23.

Bei Accorbarbeiten wird für Halten der Karren, Bohlen, Hacken und Schaufeln nichts weiter vergütet; wird jedoch die Arbeit im Tagelohn ausgeführt, so kann Vergütung auch für diese Geräthe beansprucht werden.

§. 24.

Unter Anschütten der Fundamente oder des Kellermauerwerks versteht man das Anschütten bis zur Höhe des alten gewachsenen Erdreichs oder der bei Beginn des Baues vorgefundenen Bodenhöhe.

§. 25.

Ein Backstein des Normalformats hat 0,25 Meter Länge, 0,12 Meter Breite und 0,065 Meter Stärke.

§. 26.

Die Mauerstärken werden folgendermaßen berechnet:

eine Mauer	$\frac{1}{2}$	Stein stark	=	13	Centimeter stark
"	"	1	"	"	= 26
"	"	$1\frac{1}{2}$	"	"	= 39
"	"	2	"	"	= 52
"	"	$2\frac{1}{2}$	"	"	= 65

§. 27.

Ein Kubikmeter volles Mauerwerk erfordert einschl. 4% Bruch- 400 Stück Backsteine des Normalformats.

§. 28.

An Backsteinstücken sind bis 5% der Masse mit zu vermauern, die Stücke müssen aber wenigstens je einen Kopf haben; sind mehr Stücke in der Seitens des Bauherrn gemachten Lieferung, so kann Vergütung für das Verarbeiten derselben beansprucht werden.

§. 29.

Wird vom Meister nur die Arbeitskraft geliefert, so werden überwölbte Deckungen jeder Art mit folgender Modification durchgemessen. Gurtbogenöffnungen werden für voll gemessen, wenn ein

besonderer Preis nicht für Gurtbogenmauerwerk vereinbart ist. Eine Gurtbogenöffnung ist eine solche Deffnung im inneren Mauerwerk, welche wenigstens eine Abmessung von 2,00 Meter Spannweite hat.

§. 30.

Gurtbogenmauerwerk wird derartig berechnet, daß man die lichte Weite des Bogens als Länge, das lothrechte Maß von Unterkante Widerlage bis Oberkante Bogen als Höhe und die Mauerstärke als Dicke des zu berechnenden rechtwinkligen Körpers annimmt.

§. 31.

Ist vom Meister ein Preis für Mauerwerk einschl. Liefern aller Materialien vereinbart, so werden alle Deffnungen nach den kleinsten Lichtenmaßen abgezogen. Alle in das Mauerwerk eingreifenden Bauteile, als Sandsteine, Träger, Balkenköpfe u. werden jedoch durchgemessen, außerdem siehe §. 36.

§. 32.

Ausmauerungen von Fachwerkwänden werden so gemessen, daß die äußersten Abmessungen der Holztheile zur Verrechnung kommen, alle Deffnungen, d. h. nicht ausgemauerte Fächer werden nach dem Lichtenmaß in Abzug gebracht.

§. 33.

Unter Stockwerkshöhe ist das Maß von Fußbodenoberkante bis Fußbodenoberkante des nächst höheren Stockwerks zu verstehen.

§. 34.

„In plano gemessen“ heißt in derjenigen Ebene gemessen, welche durch die Kämpfer eines Gewölbes gelegt werden kann; einerlei, ob diese Ebene horizontal liegt oder nicht.

§. 35.

Bei Aufmessung von Gewölben behufs Verrechnung derselben ist Folgendes zu beachten:

- a) Die Breite eines Gewölbes ist das Lichtenmaß des überwölbten Raumes von Widerlager zu Widerlager.

- b) Oeffnungen in Gewölben werden im Arbeitslohn durchgemessen;
- c) werden die Gewölbe mit Material geliefert, so sind nur die Oeffnungen über 0,5 Quadratmeter groß in Abzug zu bringen;
- d) es ist zu verwerfen, Gewölbe irgend welcher Art in plano zu messen, da bei Gewölben diese Art der Berechnung der Wirklichkeit durchaus nicht entspricht; es sollen deshalb Gewölbe derartig verrechnet werden, daß man zu der Breite (siehe a dieses Paragraphen) des Gewölbes die Stichhöhe desselben addirt, und diese Summe mit der Länge des Gewölbes multiplicirt;
- e) bei der Berechnung des Kreuzgewölbes wie bei der Berechnung der Untersichten der Gewölbe ist, wie es in d dieses Paragraphen angeführt, zu verfahren. Die zu berechnende Gewölbefläche eines unregelmäßigen Gewölbes wird ermittelt, indem jede einzelne Kappe nach der vorstehenden Methode verrechnet wird;
- f) Kuppel- und Kugelgewölbe sind ihrer wirklichen Fläche nach zu verrechnen, unter Berücksichtigung von a, b und e dieses Paragraphen;
- g) Verstärkungsgurten rechnen im Verhältniß ihres kubischen Inhalts als Gewölbeflächen.

#### §. 36.

Die Uebermauerung eines gewöhnlichen Kappengewölbes kann, wenn nichts besonderes angegeben ist, mit Steinschroten ausgeführt werden, und ist Ausgießen gestattet.

Die in dem Mauerwerk ausgesparten Widerlager werden bei Berechnung des Inhaltes der Mauern voll durchgemessen.

#### §. 37.

Im vollen Mauerwerk sowohl, wie bei freistehenden Mauerkörpern werden die Lichtenräume der Rauchrohre und Ventilationsrohre bis je 25 Centimeter Weite nicht abgezogen sondern für voll berechnet; außerdem ist ein Zuschlag zum Arbeitslohn zu berechnen.

Ausnahmen davon machen steigbare Schornsteine; ferner Dampfchornsteine, sobald sie wenigstens dieselbe lichte Weite wie die steigbaren Schornsteine haben.

Kessleinmauerungen werden nach den größten Abmessungen der Anlage ohne Abzug für Hohlräume für voll gerechnet.

§. 38.

Der Deckenputz wird nicht zwischen Wandputz, sondern zwischen dem Rohmauerwerk gemessen; kann die Putztärke nicht ermittelt werden, so soll durchschnittlich 2 Centimeter für je eine Putztärke gerechnet werden.

Schornsteinvorlagen, Pfeilervorlagen, Oeffnungen u. s. w. bis zum Flächeninhalte von je 0,5 Quadratmeter werden durchgemessen, sowohl bei Arbeitslohn als auch bei Lieferung mit Material.

Größere Oeffnungen als mit je 0,5 Quadratmeter Flächeninhalt werden stets abgerechnet.

§. 39.

Lehm Schlag wird, wenn er pr. Quadratmeter angeboten ist, so gemessen, daß sowohl die zwischenliegenden wie die Endbalken, an denen Latten angenagelt sind, voll mitgerechnet werden. Betreffs der Oeffnungen u. gilt das, was schon im §. 37 gesagt ist.

§. 40.

Die Höhe des Wandputzes wird berechnet von Oberkante Fußboden bis Unterkante Decke des betreffenden Geschosses.

§. 41.

Der Wandputz wird zwischen Rohmauerwerk gemessen.

§. 42.

Bei Wandputz werden Oeffnungen, einerlei, ob nur Arbeitslohn oder einschließlich Material-Lieferung geliefert wird, an denen Leibungen oder Ecken zu putzen sind, oder an welchen die Tischlerarbeiten anzuputzen sind, für voll verrechnet und zwar zweiseitig, sobald beide Seiten der Mauer geputzt sind; ist die Oeffnung

größer als 2,5 Quadratmeter, so wird die Hälfte der Oeffnung verrechnet.

Das Verstreichen der Fußsockel gehört mit zum Anputzen der Tischlerarbeit.

§. 43.

Das Nachputzen der beschädigten Decken und Wandflächen ist besonders zu vergüten.

§. 44.

Bei Berechnung der Fugenarbeit werden Oeffnungen und Aussparungen bis je 2,5 Quadratmeter Flächeninhalt voll durchgemessen, sobald eine Leibung resp. Sohlbank oder Bogenuntersicht vorhanden ist. Sind die Oeffnungen größer, so werden sie abgezogen, dafür jedoch die etwa ausgefugten Leibungen, Sohlbänke oder Bogenuntersichten  $1\frac{1}{2}$ fach verrechnet, wofür das Verstreichen der Blendrahmen mit ausgeführt werden muß. Gesimse werden nach der Größe ihrer Ansichtsflächen durchgemessen.

Bei Garten- oder Einfriedigungsmauern, Rollschichten u. wird die obere Fläche mitgemessen.

Winkelrecht gegen die Front stehende Flächen der Eisenen werden mitgemessen.

§. 45.

Für in Cement oder verlängertem Cementmörtel ausgeführtes Mauerwerk steht dem Meister eine Vergütung an Arbeitslohn zu.

§. 46.

Ist das Verlegen der Werksteine nach Kubikmeter verabredet, so wird zur Berechnung der rechtwinklige Körper angenommen, welcher den Stein umschreibt.

Sollen die Werkstücke an den Innenseiten mit Asphalt oder Theer gestrichen werden, so ist diese Arbeit besonders zu bezahlen.

§. 47.

Wird Sandsteinverblendung nach Quadratmeter verrechnet, so werden alle winkelrecht gegen die Front stehenden Vorsprünge, z. B. Eisenen, mitgemessen.

Wird Fassadenmauerwerk auf Verzahnung gemauert und nachträglich verblendet, so ist das Mauerwerk mit Außenkante-Verzahnung in Rechnung zu stellen, die Verblendung nach dem verwendeten Material. Werden musivische Muster in der Verblendung ausgeführt, so ist dafür ein Zuschlag zu berechnen.

§. 48.

Bei Backstein- bezieht. Plattenpflaster, Betonschüttung, Cementfußboden, Gypsboden u. werden Oeffnungen, Ausparungen u. bis zur Größe von je 0,50 Quadratmeter nicht abgezogen.

§. 49.

Das Vermauern der Thürhaken, Schließbolzen, Balkonanker, Schornsteinthüren, Ventilationsklappen, Bogenanker, Zuganker, Schornsteinanker, Kellergitter, Einmauern und Liefern der Thürkloße, Verlegen der Holme, Eingypslen der Klotze für Fußsodel, Einlassen der Dübel für Klempner bei Gesimsabdeckungen u. wird besonders vergütet. Für den Fall, in welchem es heißt: „einschließlich Anbringen aller Eisentheile“, ist festgesetzt, daß eiserne Träger-Überdeckungen nicht zu dieser Klasse von Arbeiten gehören.

§. 50.

Gesimse, Fenstereinfassungen u. werden so gemessen, daß die äußeren Umfassungslinien das Maß angeben.

§. 51.

Unter Fassadenputz ist nur ein schlichter äußerer Putz zu verstehen.

§. 52.

Bei Aufmessung einer geputzten Fassade wird die ganze Fläche als schlichte Fläche durchgemessen und alle Vorsprünge mit abgewinkelt.

Für etwa zu nutende oder quadernde Flächen wird Zulage berechnet, ebenso für Gesimse, Eisenen und andere Vorsprünge.

Oeffnungen werden überall für voll gemessen, dafür ist das Anputzen der Fenster u. auszuführen.

§. 53.

Gefimse sind nach ihrer Abwicklung zu verrechnen.

§. 54.

Das Standgerüst wird verrechnet wie folgt:

- a) nach laufenden Metern, wobei das Gerüst waagerecht in der Außenkante gemessen wird;
- b) nach dem Flächeninhalte, wobei die äußere Fläche (Mantelfläche) nach Höhe und Länge des Gerüsts in Rechnung gestellt wird.

§. 55.

Das Vorhalten der Lehrgerüste und Schablonen liegt im Arbeitslohn, soweit die Arbeit in Accord ausgeführt wird; wird die Herstellung der betreffenden Arbeiten in Lohn beschafft, so muß für Lehrgerüst und Schablone bezahlt werden.

§. 56.

Das Vorhalten der Geräthe ist Sache des Meisters.

§. 57.

Das Vorhalten der Rüstungen und der Hebezeuge wird besonders vergütet, und kann die Entschädigung dafür je nach Art der Arbeit zwischen 3 und 10% des Arbeitslohnes betragen.

§. 58.

Die Lieferung des Wassers und der Pumpen ist Sache des Bauherrn und nur der Transport bis auf 50 Meter Entfernung Sache des Meisters; größere Transportweiten müssen vergütet werden.

§. 59.

Der Transport der Materialien muß bis auf eine Entfernung von 50 Meter, horizontal gemessen, von dem Meister besorgt werden, es soll jedoch der Bauherr verpflichtet sein, die Materialien so nahe wie möglich an die Verbrauchsstelle heranbringen zu lassen.

§. 60.

Bei genügend großen Mengen von Material und Größe des Lagerplatzes sollen Bruchsteine in Haufen von 5 Meter Quadrat aufgeschichtet werden, ehe die Abnahme erfolgt. Diese Haufen sind ringsum mit dichtaufgesetzten Ständen und hineingeworfenen Steinen 1 Meter hoch herzustellen.

§. 61.

Bearbeitete Pflastersteine sowie roh bossirte Quader müssen durchweg eng geschichtet werden.

§. 62.

Backsteine sind in Stapeln von 200 Stück, wenn nicht besondere Umstände ein geringeres Quantum bedingen, aufzusetzen und zwar derartig, daß die Stapel leicht zu zählen sind.

Abladen und Aufstapeln der Baumaterialien wird besonders berechnet.

§. 63.

Sand, Grand und Lehm sind auf dem Platze im Zustande der Grubenfeuchtigkeit mit rechteckigen Grundflächen aufzuschaukeln und in der dadurch entstandenen Lockerung aufzumessen.

§. 64.

Kalk wird im gelöschtem Zustande in der Grube gemessen sobald er Risse zeigt, und ist das Löschen sowohl, wie Vorhalten der Gruben Sache des Kalklieferanten (Bauherrn oder Maurermeisters).

§. 65.

Cement wird in Tonnen oder Säcken angeliefert und ist der Aufbewahrungsschuppen vom Bauherrn zu stellen.

§. 66.

Desgleichen sind die Herstellung und das Vorhalten der Aufenthaltsschuppen der Arbeiter sowie der Gerätheschuppen beziehent. Bauhütte, sowie ferner die Abtritte vom Bauherrn zu beschaffen.



§. 67.

„Mehrmalesiges Reinigen des Baues“, wenn der Maurermeister nur den Rohbau zu liefern hat, also nicht schlüsselfertig, bedeutet Entfernen des Schuttes und Auskehren mit dem Reiserbesen. Das Scheuern der Fußböden, Putzen der Fenster u. gehört nicht in diese Arbeit.

Das Reinigen ist pr. Quadratmeter Grundfläche des Gebäudes in jeder Etage zu berechnen.

§. 68.

Heizen mit Coakskörben und vorhalten derselben, sowie Heizen der Oefen ist dem Meister, falls er diese Arbeit ausführt, besonders zu vergüten.

§. 69.

Das Reinigen der Fußwege vor dem Bau ist solange Sache des Meisters, als er Leute auf dem Bau beschäftigt; im Winter jedoch, oder wenn der Bau soweit fertig gestellt ist, daß keine Leute des Meisters mehr dort arbeiten, ist das Reinigen die Sache des Bauherrn. Dieser Zeitpunkt muß dem Bauherrn vom Meister vorher mitgetheilt werden.

§. 70.

Die Beleuchtung des Bauzaunes u. ist Sache des Bauherrn; wird dieselbe erforderlich, so ist, falls der Meister dieselbe liefert, dafür zu vergüten.

§. 71.

Das Anstellen eines Wächters ist Sache des Bauherrn.

§. 72.

Der Meister ist für die Beschädigung der ihm gelieferten Materialien durch seine Leute während der Verarbeitung verantwortlich, hat auch dieselbe gegen Beschädigung mit Schutzvorrichtung zu versehen, d. h. Sandsteingesimse u. durch Lehmischlag, Sohlbänke und Treppen durch Bretter oder Uebermauerung, Säulen durch Kästen; der Meister ist jedoch nicht verpflichtet, den Schaden, welcher durch elementare Gewalten, Muthwillen oder Frevel verursacht ist,

zu tragen, dieser bildet vielmehr Privatsache zwischen Eigenthümer und Thäter. Die letzte Bestimmung fällt fort, wenn ein Bau bis zur Ablieferung des Schlüssels übernommen ist.

§. 73.

Das Nacharbeiten der Sandsteine ist auf den Scharrier Schlag in der Stoßfuge zu beschränken, sobald das Material vom Bauherrn geliefert wird.

§. 74.

Unter Aussuchen der Backsteine zum äußeren Mauerwerk kann nur verstanden werden, aus den Steinen, wie sie aus dem vollen Stapel genommen werden, die besseren auszusuchen, nicht aber kann der Meister verpflichtet sein, aus der ganzen Steinlieferung Verblendsteine auszusuchen.

---

### III. Steinhauerarbeiten.

§. 75.

Werden Werksteine nach Kubikmetern geliefert, so wird der rechtwinklige Körper berechnet, welcher den fertig bearbeiteten Stein umschreibt.

Wird verlangt, daß der Stein nach dem Bruchlager bearbeitet wird, so muß der rechteckige Körper winkelrecht zum Unterlager stehen.

§. 76.

Werden Werksteine nach laufendem Meter angeboten, so wird bei Gekstücken die Kopfseite als Länge mitgemessen; wird nur die Arbeit am Werkstein geliefert, so werden bei Gesimsen die Gehrungen doppelt gemessen.

§. 77.

Wenn vorher nichts anderes festgestellt ist, so wird angenommen, daß die zu bearbeitenden Flächen gerade sind; runde Flächen werden einundeinhalbmal, hohle Flächen zweimal gemessen, soweit Arbeitslohn in Frage kommt.

§. 78.

Werden Werksteinverblendungen nach Quadratmeter angeboten, so werden die Fenster- und Thürleibungen mitgemessen.

§. 79.

Gesimse sollen nach Möglichkeit für den laufenden Meter und für den laufenden Centimeter Breite der Abwicklung (Knicken) angeboten und verrechnet werden.

§. 80.

Bei Maßwerk, Oberlichtern und dergl., welche für den Quadratmeter offerirt sind, wird die volle Fläche des zusammengesetzten Maßwerks verrechnet.

§. 81.

Bei Lieferung von nach Maß bossirten Steinen muß der Bruch zoll, ohne daß dafür vergütet wird, mitgeliefert werden.

#### **IV. Zimmerarbeiten.**

§. 82.

Ueber die beim Rantholz vorkommenden Benennungen: „Rantholz mit üblicher Baukante, vollkantiges Holz, scharfkantiges Holz“, werden folgende Bestimmungen getroffen:

Als Rantholz mit üblicher Baukante ist solches zu bezeichnen, welches eine Baumkante, bis zu einem Viertel der größten Querschnittsmaße in der Diagonale gemessen, aufweist.

Bei vollkantigem Holz ist eine Walbkante bis zu einem Achtel der größten Querschnittsmaße zulässig.

Scharfkantiges Holz hingegen darf an keiner Stelle Baumkanten aufweisen.

§. 83.

Wenn keine besondere Vereinbarung getroffen, ist der Bau-  
gewerkmeister berechtigt, bei Lieferung von Zimmer-Verbandarbeiten dem durch Aufmessung ermittelten Holzquantum 5% für Verschnitt hinzuzufügen, jedoch ist dieser Zuschlag nur in der Lieferung, nicht im Arbeitslohn zu verrechnen.

Die Aufmessung der Verbandhölzer erfolgt stets nach dem Inhalte in Kubikmetern.

§. 84.

Beim Vermessen der Ständer und Streben in Fachwerkwänden werden für Zapfen 7 Centimeter in Anrechnung gebracht, für die Kiegeellängen ist das Maß zwischen den Endständern zu verrechnen und demselben für 2 Zapfen je 7 Centimeter hinzuzufügen.

§. 85.

Bei Stoßverbindungen von Mauerlatten, Schwellen, Rähmen, Pfetten und Balken, bei welchen die Länge der Verbindung nicht genau zu ermitteln ist, sind 20 Centimeter in Berechnung zu bringen.

Profilirungen an Balken, Sparren, Pfetten und andern Verbandstücken werden besonders berechnet; ebenso die Lieferung von Sparrennägeln und Schraubenbolzen zu den Holzverbindungen.

Alle Fuhrlöhne sind besonders in Rechnung zu stellen.

§. 86.

Für das Endauflager von Balkenhölzern ist 25 Centimeter zu rechnen, wenn kein anderes Maß vorgeschrieben.

§. 87.

Beim Ausmessen von Einschnittdecken und Windelböden werden die Balken mitgemessen und Vorlagen von Pfeilern und Schornsteinen bis zu einer Querschnittsfläche von je 0,5 Quadratmeter nicht in Abzug gebracht.

§. 88.

Deckenschaalungen, Dachschaalungen und Fußböden werden zwischen den ungeputzten Wänden gemessen und Vorlagen wie im vorstehenden Paragraphen behandelt.

Bei allen Verschaalungen zwischen Sparren, Balken oder andern Hölzern werden die letzteren durchgemessen.

Rauhe Fußböden werden ohne Auffütterung der Balken und aus einfach besäumten Brettern verlegt, falls keine andere Ausführung bedungen ist.

Staafschaalen werden entborst eingeschnitten, wie sie im Handel eingeliefert werden; wird die Abschälung des Bastes verlangt, so werden für diese Arbeit 8% des Preises der Staafschaalen besonders in Rechnung gestellt.

§. 89.

Die bei Um- und Reparaturbauten zur Verwendung kommenden Bauschrauben sind für den Satz und Tag mit einem der Jahreszeit entsprechenden Gesellenlohn zu berechnen.

Rüstungen bei Aufstellung von Bindern mit vorwiegenden Eisenconstructions sind besonders zu berechnen, ebenso Rüstungen, welche eigens zum Anschlagen von Gesimsen erbaut werden müssen.

Das Vorleihen von Tauen, Bindetauen und Kloben ist für je 1 Zuggeschirr und je 1 Tag des Vorleihens mit  $\frac{1}{2}$  Gesellentag in Rechnung zu stellen.

§. 90.

Die Bestimmungen über die nothwendigen Stärken der einzelnen Bautheile sind hier am Platze durch die Ausführungen des Ortsbaustatutes geregelt, weshalb hierüber jede Bemerkung unterbleibt.

§. 91.

Das Vorleihen von Stübhölzern, Trägern und Sohlen dazu wird einschließlich des unumgänglichen Verschnittes zu 25% des jeweiligen Materialwerthes berechnet.

Bretter zu provisorischen Bauten werden mit 50% des Materialwerthes in Rechnung gestellt; ist die nachträgliche Verwendung in demselben Bau möglich zu machen, so werden 25% des Materialwerthes der vorgeliehenen Bretter berechnet.

Tagelöhne, Nägel und Fuhrlöhne sind besonders in Rechnung zu stellen.

§. 92.

Gesimse werden nach laufenden Metern, Gehrungen daran doppelt gemessen.

Treppen und Treppenbeläge werden stufenweise berechnet, durchgehende Podeste mit 4 Stufen, halbe Podeste mit 2 Stufen gezählt.

Fußleisten werden nach laufendem Meter aufgemessen.

§. 93.

Steht das Eintrocknen der Hölzer in Frage, so sind zum Geringsten die Maße der Schwindtabellen im Kalender der „Baugewerkszeitung“ zu Gunsten des Werkmeisters in Rechnung zu ziehen.

---

## V. Dachdeckerarbeiten.

### §. 94.

Die Lattenweite bei Ziegeldächern richtet sich nach der Länge der Ziegel und sollen

- a) Krempziegel 10 Centimeter,
- b) Pfannenziegel vor Schnitt dem Schnitt angemessen überdecken,
- c) Pfannenziegel über Ort 10 Centimeter überdecken, wenn bei Satteldächern die Dachhöhe mindestens  $= \frac{1}{3}$  der ganzen Gebäudetiefe beträgt.

### §. 95.

First und Grate sind mit Schiefer auf Schaalung oder mit First- und Gratziegeln einzufassen; eine besondere Vergütung wird hierfür nicht gewährt.

### §. 96.

Werden Windfedern in ihren lothrechten Abmessungen beschiefert, so sind diese Abmessungen den Maßen der Dächer zuzurechnen.

### §. 97.

Werden Dachflächen mit Mörtelverstrich verbunden, so werden auch die äußeren unterschalteten Ueberstandsflächen zu denselben Sägen in Rechnung gezogen.

### §. 98.

Dach- und Wangenflächen werden von Außenkante zu Außenkante der Eindeckung gemessen; sind Kehlen vorhanden, so geht die Aufmessung bis Mitte der Kehle.

### §. 99.

Besondere wasserdichte Abschlüsse an Brandgiebeln und Schornsteinen werden auch besonders in Rechnung gestellt.

§. 100.

Deckt der Dachbedeker ein Dach mit Material ein, welches der Bauherr selbst geliefert hat, so trifft ihn nur Verantwortung für die Ausführung seiner eigenen Arbeit.

Auch wird er nicht für Einschaalung und Lattung verantwortlich, welche er bereits vorfindet, sofern er den Bauherrn auf gefundene Mängel aufmerksam macht.

Beschädigungen an neuen Dachflächen, welche nicht von Dachdeckern herrühren, werden besonders vergütet.

§. 101.

Schieferdächer, deren Neigung bei Satteldächern =  $\frac{1}{3}$  der ganzen Gebäudetiefe beträgt, müssen 12 Centimeter überdecken.

Bei  $\frac{1}{4}$  der Gebäudetiefe sind 10 Centimeter Ueberdeckung

"	$\frac{1}{3}$	"	"	"	8	"	"
"	$\frac{1}{2}$	"	"	"	6	"	"
"	$\frac{1}{1}$	"	"	"	4	"	"

mindestens erforderlich, und zwar sowohl bei englischer, wie bei deutscher Eindeckung.

§. 102.

Für die Doppelschaalung der Grate und Firsten beim Schieferdach erfolgt bei Eindeckung auf Latten oder Schaalung besondere Berechnung.

§. 103.

Soll das Schieferdach durch Mörtelverstrich gegen Schneetreiben gesichert werden, so wird der Verstrich besonders berechnet; für ein mögliches Tropfen der Dachflächen durch Niederschlagswasser aus dem Innern des Hauses ist der Dachbedeker nicht verantwortlich. In solchen Fällen ist für Lüftung der Böden Sorge zu tragen.

§. 104.

Schiefernägeln werden so angeordnet, daß sie verdeckt liegen; freibleibende Nägel oder Schrauben mit Bleiunterlagen sind ohne besondere Berechnung mit Kitt einzudichten.

§. 105.

Für Verwendung von Patent-Schiefereinfassungen oder Metallwulsten an Firsten und Graten erfolgt besondere Berechnung.

§. 106.

Provisorische Gebäudeeindeckung zu Gunsten der im Innern des Gebäudes beschäftigten Arbeiter ist besonders zu vergüten.

§. 107.

Sollen in die Dachflächen musivische Muster eingedeckt werden, so ist ein Zuschlag von 5—10 % je nach dem Muster zu gewähren.

§. 108.

Für Thurm- und Wandeindeckungen mit englischem Schiefer ist je 5 und 2½ Centimeter Ueberdeckung erforderlich; für gleiche Arbeit mit deutschem Schiefer je 7 und 5 Centimeter Ueberdeckung.

§. 109.

Bei Lucarnen und Erkerwangen werden die Anschlußtheile an das Hauptdach als Wangenflächen gemessen und berechnet.

§. 110.

Lucarnen und Erker werden bei der Aufmessung von Dächern nach ihrem Lichtenmaß in Abzug gebracht.

§. 111.

Werden Metallkehlen nicht vom Dachdecker geliefert, so ist die nöthige Unterschaalung noch laufendem Meter besonders zu vergüten; gleichfalls ein etwaiges Ausschaalen der Gefimsrinnen.

§. 112.

Dachöffnungen, als Dachfenster, Dunströhren, Schornsteine u. werden bei Aufmessung des Daches bis zur Größe von 0,5 Quadratmeter nicht abgerechnet.

§. 113.

Sollen in den Dacheindeckungen Dachfenster, Glasziegel, Leiterhaken, Akrotherien, Fahnenstangen u. angebracht werden, so sind diese Arbeiten besonders in Rechnung zu stellen.



§. 114.

Bei Thürmen sind die Anbringung von Aussteigeluken, Blitzableitern, Wetterfahnen, Thurmknöpfen und die dazu erforderlichen Gerüste besonders zu vergüten.

§. 115.

Die Eindeckung von Wandflächen wird wie die Deckung der Dächer von Außenkante zu Außenkante Material aufgemessen; Fensteröffnungen in den Wänden werden nach den Sichtenmaßen abgesetzt, für Gerüste nichts vergütet.

§. 116.

Bei Holzcementdeckungen, welche nach Quadratmeter berechnet und von Außenkante zu Außenkante aufgemessen werden, ist die Klempnerarbeit stets ausgeschlossen, falls im Vertrage keine anderen Abmachungen getroffen werden. Für den dichten Anschluß der Metallarbeiten an die Mauerkörper hat der Lieferant derselben zu haften.

§. 117.

Die gleichen Bestimmungen finden auf Pappdächer Anwendung; für Vorhalten der Geräthe zum Theeren wird eine Vergütung bei neuen Dächern nicht gewährt.

§. 118.

Das Abnehmen, Sortiren und Reinigen alter Dachziegel wird tausendweis berechnet.

Alte Dachflächen umzudecken, schadhafte Latten auszuwechseln und die Ziegel mit unterseitigem Mörtelverstrich zu versehen, wird nach tausend Stück berechnet und sämtliche Ziegel des Daches gezählt. Neue Latten und Ziegel kommen besonders in Ansatz.

§. 119.

Für Ausgleichung schiefer Dachflächen wird ein Zuschlag in Anwendung gebracht.

§. 120.

Alte Dachflächen neu zu latten, mit vorhandenen Ziegeln einzudecken und mit Mörtelverstrich zu versehen, werden tausendweis in Rechnung gestellt und wird das ganze Dach ausgezählt. Neu anzuliefernde Latten und Steine werden besonders vergütet.

§. 121.

Firten und Grate werden bei alten Dächern berechnet,

- a) wenn der Bauherr die Firstziegel liefert, nach Stückzahl,
- b) wenn der Werkmeister die Firstziegel liefert, nach laufendem Meter.

Schiefereinfassungen werden nach laufendem Meter ein- oder zweireihig in Rechnung gestellt.

§. 122.

Das Reinigen der Böden und die etwa verlangte Abfuhr des Schuttes kommen besonders in Ansatz.

§. 123.

Beim Ausbessern und Befahren einer Thurmspitze gilt eine 8stündige Gesellenarbeit = 10 Stunden = einen vollen Tag; außerdem wird ein Lohnzuschlag von 20 % gewährt.

§. 124.

Für Vorhalten der Fahrstühle, Gerüste und Geräthe bei Ausbesserung von Thurmhelmen wird für jeden Gebrauchstag ein halber Gesellenlohn nach §. 123 vergütet.

§. 125.

Bei Umdeckung eines Schieferdaches ist die Fläche einschließlich Lieferung der Nägel nach Quadratmeter zu berechnen; neue Schiefer, Latten und Schaalung kommen besonders in Ansatz.

§. 126.

Bei Lohnarbeiten wird

- a) der Tagelohn für die Stunde Arbeitszeit,
- b) Schiefer, Ziegeln, Nägel nach der Stückzahl,
- c) Cement nach Tonnen,
- d) Latten nach Meter,
- e) Sand und Kalk nach Kubikmeter,
- f) Haare, Theer und Holzcement nach Kilo,
- g) Pappe nach Quadratmeter,
- h) fertiger Verstrichsmörtel nach Handwagen und Traglasten angerechnet.

Für Vorhalten der Dachleitern, Wagen, Karren, Schaufeln und Hacken ist nichts zu berechnen.

Für Vorleihen der Theerkessel und Defen, Eimer und Bürsten bei Papp- und Holzcementdächern werden bis 5 % der Gesellenlöhne in Rechnung gestellt. Desgleichen für Vorleihen eines Wandgerüstes, von Tau und Kloben, Bäumen, Brettern und Leitern eine Vergütung bis zu 5 % der aufgewendeten Gesellenlöhne berechnet.

---

# Norm-Tabelle

zur Bestimmung von Balkenstärken in Wohngebäuden bei gewöhnlicher Belastung.

Es wurden folgende Zahlenwerthe und zwar:

Totalbelastung pro qcm. Deckenfläche . . . = 500 Kgr.

Festigkeitscoefficient für Tannenholz pro qcm. = 50 Kgr.

bei Aufstellung der Tabelle in Rechnung gebracht.

Laufende Nummer.	Länge der Balken zwischen 2 Stützpunkten in Etm.	Verwendung von														
		Kantholz.									Rundholz.					
		Breite b, Höhe h, in Etm. annähernd im Verhältniß wie 5 : 7.	Entfernung der Balken von Mitte zu Mitte in Etm.						Mittlerer Durchmesser d, in Etm.	Entfernung der Balken von Mitte zu Mitte in Etm.						
			Balken auf 2 Stützen.			Balken auf mehr als 2 Stützen.				Balken auf 2 Stützen.			Balken auf mehr als 2 Stützen.			
			60	80	100	60	80	100		60	80	100	60	80	100	
1.	300	b h	13 18	14 20	15 22	12 17	13 18	14 20	d	19	21	23	17	19	21	
2.	350	b h	14 20	15 22	17 24	13 18	14 20	15 22	d	21	23	25	19	21	23	
3.	400	b h	15 22	17 24	18 26	14 20	15 22	17 24	d	23	25	27	21	23	25	
4.	450	b h	17 24	18 26	20 28	15 22	17 24	18 26	d	25	27	29	23	25	27	
5.	500	b h	18 26	20 28	21 29	16 23	18 26	20 28	d	27	29	31	25	27	29	
6.	550	b h	19 27	21 29	23 32	18 26	20 28	21 29	d	28	31	33	26	29	31	
7.	600	b h	20 28	22 31	24 34	19 27	21 29	23 32	d	30	33	35	28	31	33	
8.	650	b h	21 29	23 32	25 35	20 28	22 31	24 34	d	32	35	37	30	33	35	
9.	700	b h	22 31	24 34	26 37	21 29	23 32	25 35	d	33	36	39	32	35	37	



